

Statement der "Bürgerinitiative Atommüll Einlagerung Stopp Harrislee - BAESH" auf der "Kongressveranstaltung" am 21.07.2016 im Landeshaus Kiel, Schleswig-Holstein-Saal

[...] Vielen Dank, Herr Minister Habeck, vielen Dank auch an das Ministerium für 5 Minuten Aufmerksamkeit.

Um es vorweg zu sagen: Grüne Umweltpolitik beim Atomausstieg haben wir uns irgendwie anders vorgestellt!

Die Entsorgung von niedrig strahlendem AKW-Bauschutt über die konventionelle Abfallwirtschaft bedient in aller erster Linie die wirtschaftlichen Interessen der AKW-Betreiber. Die Entsorgungskosten sollen auf diese Weise reduziert werden. Ein erhöhtes Gesundheitsrisiko für die Allgemeinheit wird somit zum Finanzierungsmittel für den AKW-Rückbau.

Anders ist es nicht zu erklären, dass radioaktives Material in großen Mengen recycelt, verbrannt und deponiert wird. Ionisierende Strahlung wird in die Umwelt freigesetzt, obwohl dies vermeidbar wäre. Mit unseren Vorstellungen von Verantwortung für Mensch und Umwelt ist das ganz und gar nicht vereinbar.

Das 10-Mikrosievert-Konzept soll uns einmal mehr davon überzeugen, dass wir nur ein minimal erhöhtes Gesundheitsrisiko eingehen. Die Ärztereinigung IPPNW und auch der Umweltverband BUND sehen das anders. Wir verweisen auch auf die Ergebnisse der KIKK-Studie aus dem Jahr 2007, die Ergebnisse der Greiser Studie im Jahr 2009 und die 2015 veröffentlichten Ergebnisse der Langzeitstudie an weltweit 300.000 AKW-Mitarbeitern zur Auswirkung niedriger Strahlendosen.

Jede dieser umfangreichen Studien wirft die Vermutung auf, dass die Gefahren radioaktiver Niedrigstrahlung weit unterschätzt werden. Das bedeutet, dass auch das 10-Mikrosievert-Konzept neu bewertet werden muss. Es wäre Aufgabe der Politik und der Behörden, dem endlich nachzugehen, doch sie tun es nicht!

Die Kinderkrebsstudie und Greiser weisen nach, dass in der Umgebung von Atomkraftwerken ein signifikant erhöhtes Krebsrisiko für Kinder besteht. Die Atomindustrie argumentiert: Es könne keinen Zusammenhang geben, denn: Die durch AKW im Normalbetrieb verursachte Strahlenbelastung liege ja sogar unterhalb von 10 Mikrosievert pro Jahr!

Noch einmal: Wir sind nicht bereit, vermeidbare Gesundheitsrisiken zugunsten der Rückbaufinanzierung auf uns zu nehmen. Noch weniger sind wir bereit, ein unkalkulierbares Risiko einzugehen, dass auf umstrittenen Modellrechnungen und variablen Grenzwerten fußt. Zu glauben, dass die zusätzliche Strahlung in der Umgebungsstrahlung aufginge, ist nicht nur ein Irrtum, sondern eine offenbar bewusste Irreführung. Es handelt sich dabei schlicht um die Verharmlosung eines zusätzlichen Gesundheitsrisikos.

Ein Bild aus vergangenen Tagen sollte uns eine Warnung sein: Die Erfahrungen mit der Atommüll-Verklappung im Meer haben gezeigt, dass 'Verdünnen, Verteilen und Freisetzen' keine gute Strategie im Umgang mit ionisierender Strahlung ist. Die Lösung muss lauten: Radioaktive Abfälle zusammenhalten, isolieren und überwachen! Wir fordern daher die Überprüfung verschiedener Konzepte zur isolierten und überwachten Mono-Deponierung!

Wir haben drei Informationsveranstaltungen des Ministeriums besucht. In jeder dieser Veranstaltungen wurde mal mehr, mal weniger deutlich formuliert: Wenn ihr dem Entsorgungspakt zustimmt, begleiten wir das Verfahren und sorgen für Sicherheit. Wenn Ihr nicht zustimmt, ziehen wir uns zurück und die Abfälle landen vermutlich trotzdem auf euren Deponien. Diese Haltung ist weder geeignet, Vertrauen zu fördern, noch ist sie Zeichen eines verantwortungsvollen Politikstils. Sie taugt allenfalls dazu, altbekannte Ohnmachtsgefühle zu erzeugen.

Die vom Ministerium vorgeschlagene Entsorgungsvereinbarung schafft vor allem eines: Entsorgungssicherheit für die AKW-Betreiber und die Verhinderung von Rückbauverzögerungen! Im Gegenzug wird ein rechtlich unverbindliches Schutz- und Sicherheitsniveau versprochen, von Konkretisierung bislang aber keine Spur. Auf der MELUR-Infoveranstaltung in Melsdorf vor fast 2 Monaten hatte Herr Dr. Karschnik noch beteuert, man sei sogar weiter und besser als die Kollegen in Baden-Württemberg. Bislang reine Lippenbekenntnisse. Baden-Württemberg hat längst Taten folgen lassen, wie unsere Mitstreiter aus Schönwohld soeben darstellten. Folgen Sie diesem Beispiel, Herr Dr. Habeck, die rechtlichen Möglichkeiten dazu sind offensichtlich vorhanden.

Eine Unterschrift unter einer Entsorgungsvereinbarung in der vorgelegten Fassung und zum jetzigen Zeitpunkt, hätte zur Folge, dass die AKW-Betreiber keinen Grund mehr hätten, von ihren momentan noch rechtlich abgesicherten Vorhaben abzurücken und sich evtl. teureren, aber sichereren Konzepten zu öffnen.

Eine Verantwortungsgemeinschaft kann nicht angeordnet oder einseitig eingefordert werden, sie entsteht in der gemeinschaftlichen Suche nach einer verantwortungsvollen Lösung.

Die Gemeindevertretung Harrislees wie auch der dortige Deponiebetreiber - beiden gilt unser großer Dank und Respekt für ihre mutige Entscheidung - haben mit ihrer Ablehnung ein klares Zeichen gesetzt. Denn eine 'grüne Wiese' nützt keinem, wenn man unter ihr liegt!

Vielen Dank!